

Diplome 9 & G. EXTRACT
 (Amerika)
 J. Liebig
 Bernoulli
 Händlern
 1861
 gültigen
 10-12 Uhr im Saal
 Maria-Zell
 floren:
 ort gesucht:
 chen gesucht:
 oside Herrin
 rmiere 1882 eine
 abler-Mohr,
 rriere 1882 eine
 erate,
 rriere 1882 eine

Puzerner Tagblatt.

Abblotter, Postgasse Luzern

Abonnement:

jährlich	6 Monate	3 Monate	
für Luzern zum Abholen	Fr. 10. —	Fr. 5. —	Fr. 2. 50
Dringen	" 12. —	" 6. —	" 3. —
durch die Post	" 12. 80	" 6. 40	" 3. 40

Einunddreißigster Jahrgang.

Interesse:
 die einspaltige Beizeile oder deren Raum 10 Cts.
 für Wiederholungen 30 „
 Interate von 3 Zeilen und weniger 30 „

Sonntag,

Nr. 143.

den 18. Juni 1882.

Eine Philippika gegen Bismarck

wurde in der Reichstags-Sitzung vom 14. d. gehalten und war von dem Abgeordneten Eugen Richter, dessen schneidige Polemik den Reichskanzler so ärgert, daß er fast stets nach den ersten Sätzen Richters den Saal zu verlassen pflegt. Richter duplizirte auf eine in der gleichen Sitzung gehaltene Replik Bismarck's in der Tabakmonopol-Frage, wobei freilich beiderseits von allem mehr, als vom Tabak die Rede war. Die Rede Richters lautet in den markantesten Stellen:

Der Herr Reichskanzler schloß seine Rede damit, daß er mich gemüthlicher als ich persönlich gegenüberstehe als einen Rivalen in den Verdiensten um Deutschland. W. S., es kann mir nicht einfallen, die Verdienste des Herrn Reichskanzlers nicht anzuerkennen, mich irgendwie in eine auch nur entfernte Vergleichung in dieser Beziehung mit ihm zu bringen. Die Verdienste des Herrn Reichskanzlers um Deutschland sind so bekannt, daß er selbst gar nicht einmal nöthig hätte, jetzt bei jeder Gelegenheit, wie er zu thun pflegt, uns daran zu erinnern. Und wenn der Herr Reichskanzler noch so große Verdienste hätte, wenn sie noch größer sein könnten, wenn er immer Recht gehabt hätte, folgt daraus, daß die Einführung des Tabakmonopols auch ein Verdienst ist? Folgt daraus, wenn er immer Recht gehabt hätte — und wie oft hat er Unrecht gehabt und die Entwicklung hat es bereits nachgewiesen —, daß er nunmehr auch jetzt mit seinen Vorschlägen im Rechte ist? Wäre das der Fall, hätten wir einen derartigen einflussreichen Kanzler, wozu denn überhaupt noch das Parlament? Dann mag zu seinen Lebzeiten wenigstens allein seine uns überlegene Einsicht und seine überlegene Weisheit entscheiden, — es scheint mir aber so, je weniger die Sache selbst beweist, je weniger sie mit Gründen und Ansichten gestützt wird, desto mehr sucht sich der Reichskanzler genüthigt, das Schwergewicht seiner persönlichen Autorität in die Waagschale zu werfen, um das leichte Gewicht der Gründe in der Sache zu unterstützen. (Sehr richtig! links.) Es gab eine Zeit, da hätte der Reichskanzler nicht nöthig, zur Unterstützung seiner Vorlagen Jedermann daran zu erinnern, was er für Deutschland früher, und abgesehen von dieser Vorlage, gethan hat. Der Herr Reichskanzler hat es uns, diesem ganzen Hause gegenüber so dargestellt, als ob wir uns nur von Fraktionensinteressen leiten ließen, als ob er nur die politische Allgemeinheit vertritt und er nur allein die salus publica sei, d. h. der Patriotismus bin ich. Das war der Kern seiner Rede, und darauf haben wir die bedeutsame Erwiderung, daß die Fraktionen nur soviel beabsichtigen, als das Volk uns gelten lassen will, daß wir ohne diese Zustimmung der Kreise hinter uns auch ihm gegenüber in keiner Beziehung eine Bedeutung hätten, und daß er daher von uns auf die Stimmung im Volke einen Rückschluß machen kann. Wenn der Herr Reichskanzler in seinen Verührungen mit dem Volke weniger an enge Kreise geknüpft wäre, weniger bloß mit ihm Untergebenen spräche, weniger abgeschlossen durch Polizeiketten vom Volke lebte, dann würde er vielleicht in stärkerer Maße auch die Stimmung im Volke kennen, und es uns weniger bestritten, wir der selben angemessenen Ausdruck geben.

Wer die Sprache der Wahlen versteht, wird darin eine tiefere konservativere Gesinnung vernehmen. Ueberall fängt es an, immer mehr unheimlich zu werden vor den uferlosen weiten Projekten der Umgestaltung der bestehenden Zustände. Man will erhalten, was man hat, man will geschützt sein gegen die fortwährende Beunruhigung; das ist es, was das Volk mit uns verbindet. Und dann, m. S., hier thut der Reichskanzler, als ob es auf die Wähler gar nicht ankomme. Warum schreibt er denn an diese Wähler so viele Briefe? (Geisterzeit.) Es ist kein Wahlagitator im Lande, der so wühlt, wie der Reichskanzler, der so viel schreibt, in der Presse schreibt, an Personen so viel Briefe schreibt, und es sind nicht immer die größten Autoritäten der Zeitungen — wenn ich nur an seine heilige Berliner Korrespondenz denke — mit denen er in Verbindung tritt, viel mehr, als er für angemessen gehalten, mit uns im Par-

lament in Verbindung zu treten. Davon gilt auch der Satz, den er vorhin ausgesprochen hat; er hat sich dabei berichtigt: „Nicht gegen die Fraktionen im Allgemeinen bin ich, nur gegen gewisse Fraktionen!“ So ist er auch nicht gegen die Wähler im Allgemeinen, er ist nur gegen die, die nicht so wählen wollen wie er wünscht, mit den übrigen Wählern ist er desto zufriedener, es werden leider nur immer weniger. (Wavo links.) Die Nation erkennt in allen Streifen die großen Verdienste des Reichskanzlers um Deutschland und um unsere ganze innere Entwicklung an, da sollte aber doch der Reichskanzler auch anerkennender sein in Bezug auf Andere, die für ihren Theil — es konnte nicht Jeder Minister sein, und es hatte nicht Jeder die Staatsmacht in der Hand und konnte darüber verfügen — für die Entwicklung des deutschen Gedankens etwas gethan haben. In seinem Alter sieht er den Generationen näher als viele der jüngeren von uns, den Generationen, die vor ihm gekämpft und gelitten haben und die nicht in der Lage waren, wie er uns mitgetheilt hat vorher, als bonus pater familiaris das Vermögen in Sicherheit zu bringen, bevor sie den Kampf für die deutsche Einheit anzutreten hatten. Ja, sie haben im Käfig sitzen müssen, sie mühten leiden, weil sie für die Gedanken eintraten, die heute die ganze Nation erfüllen, weil sie eintraten für die deutsche Einheit unter den Hohenzollern und mit parlamentarischen Verfassungen fürs Volk. W. S., ich bedaure am meisten, daß der Herr Reichskanzler die Armee im Gegensatz zum Volk gebracht hat. In keinem Lande ist der Gegensatz weniger angebracht als in Deutschland. Die Armee ist nichts als das Volk in Waffen; das ist es, worauf wir stolz sind und was andere Staaten kaum im Stande sind, uns nachzuahmen. Die Armee, wie wir sie seit Generationen besitzen, ist immer nur das ganze Volk in Waffen gewesen, und das ganze Volk war es auch, das den Schlüssel der Einheit machte, das in Frankreich hinein mit allen seinen Kräften die Armee und ihre militärischen Leistungen mittelbar und unmittelbar unterlegte, und es ist wahrlich keine Partei im Hause, deren Angehörige nicht schwere Opfer gebracht, nicht gelitten und gebuldet haben für die deutsche Einheit. (Beifall.) Das muß auch einmal hervorgehoben werden, weil es sonst nach dem Reichskanzler scheinen könnte, als ob er ganz allein, abgesehen von Andern, die deutsche Einheit gemacht habe. Aber weil es das ganze Volk gemein ist, darum hat dieses deutsche Volk einen Anspruch, den heute jede zivilisirte Nation erhebt, mitzukommen über die Geschichte, mitzubestimmen und zu entscheiden in der Lösung seiner inneren Politik und der ganzen Stellung seiner Verhältnisse. (Beifall links.)

Der Herr Reichskanzler liebt es, auf die Zeit vor 1862 und 1866 zurückzugreifen, auch wenn mit keinem Worte davon gesprochen wird; wir thun das nicht mehr als nöthig, weil wir es nicht für zweckmäßig halten, im Interesse der deutschen Nation auf die Geschichte der Zeit zurückzugreifen, als wir noch kein einiges Deutschland hatten und vielfach Gegenjäger im Lande vorhanden waren, die auch die großen Ereignisse der Folgezeit ausgeglichen haben. Aber wenn man die Geschichte anruft, soll man sie wenigstens klar und getreu wiedergeben. Meine Herren! Ist es denn wahr, daß man damals im preussischen Abgeordnetenhause sich in Widerpruch gesetzt hat mit dem Geiste des Volkes, daß man die Armee zu einer Wiltig hat herunterdrücken wollen; ist es denn wahr, was der Kanzler der Fortschrittspartei vormals, sie wäre vor 1866 nie für die deutsche Idee eingetreten? In unserem Parteiprogramm vor 1861 ist ausdrücklich gesagt, daß wir im Interesse der Größe und Größe Preussens die Einigung Deutschlands erstreben; wir haben uns nie darüber getauscht, daß auch zu jener Zeit, um die deutsche Einheit herbeizuführen, eine starke Armee nothwendig war. Ja, meine Herren, diese Frage muß hier einmal zur Sprache kommen. Der Mythos sucht sich auszubilden, als ob die Organisation und die militärischen Leistungen des Jahres 1866 nicht möglich gewesen wären, wenn es nach dem Widerstande der Fortschrittspartei gegangen wäre. Nein,

die Sache lag ganz anders. Niemals haben wir uns gegen eine Erhöhung der Aushebung ausgesprochen, im Gegentheil sind wir vollständig dafür eingetreten, daß jeder Wehrfähige auch für den Krieg ausgebildet werden soll; der einzige Unterschied, der damals in der Auffassung bestand, war die Dienstzeit, und, meine Herren, was hat die Dienstzeit für einen Einfluß auf die Verhältnisse von 1866 geübt? Wer die Militärgeschichte kennt, der wird wissen, daß vor 1866 die zweijährige Dienstzeit nahezu bestanden hat, daß vor 1866 die Dienstzeit viel länger gewesen ist nach der Organisation, als sie es jetzt ist, daß aus Ersatzmilitärschulen und aus politischen Rücksichten man, obwohl man die dreijährige Dienstzeit im Gesetz vorschlug, bis 1866 eine Dienstzeit hatte, die nur wenige Wochen durchschnittlich über zwei Jahre hinausging, und dann sagen Sie nicht mehr, daß die in den letzten sechs Jahren vor 1866 einige Wochen mehr gedient haben, als nach dem Programm der Fortschrittspartei zulässig gewesen wäre, die Entscheidung gelegen hat. Das heißt eine große Sache klein ansehen, das heißt sie in ihrer großen Bedeutung nicht erfassen. Ich bedaure, daß ich auf jene Epizode unserer staatlichen Entwicklung, genöthigt durch den Fürsten Reichskanzler, zurückgreifen mußte. Freuen wir uns, daß wir nach so großen blutigen Opfern einig geworden sind und sehen wir nicht immer zurück auf die Kämpfe, die zurückliegen. (Sehr richtig! links.) Das Kapitel des preussischen Verfassungsbruches ist wahrlich auch nicht ein solches, an das der Reichskanzler immer prozessiren sollte erinnert zu werden. (Wort, hort!) Der Herr Reichskanzler hat bei einer andern Gelegenheit dem Herrn Abg. Wichow gegenüber anerkannt, daß er unsere Widerstand gegen ihn achte, da wir nicht wissen konnten, wohin seine Ziele führten. So sprach der Kanzler zu uns, als ob objektiver und ruhiger Personen und Dinge beurtheilt, als es heute der Fall gewesen ist. Der Kanzler selbst hat uns heute gesagt, es hätte 1866 anders kommen können, als es gekommen ist; die Tapferkeit der Soldaten hat seine Politik herausgehauen, und die Frage liegt nahe, ob nicht auch ohne Verfassungsbruch die Militärorganisation durchgeführt werden konnte, zumal da Graf Koon wenige Tage, ehe Bismarck Ministerpräsident wurde, im Abgeordnetenhause erklärte, die von uns geforderte zweijährige Dienstzeit sei acceptabel unter gewissen Bedingungen.

Der Kanzler fragt: Wo ist denn die Mehrheit im Reichstage? Nun, dem Monopol gegenüber ist sie vorhanden, und diese Mehrheit müßte Fürst Bismarck respektiren. Statt dessen kündigt er heute an, er werde sich über unsere Voten in Zoll- und Steuerfragen einfach hinwegsetzen. Er erkennt also neben sich keine Meinung an, die mit der seinigen sich nicht deckt.

Das die Quintessenz der Rede Richters. Mehrliche Gedanken äußert die „N. Fr. Presse“, wenn sie zum neuesten Lustreden Bismarcks im Reichstage sagt: Wahrlich, schwer läßt die Große Bismarck's auf den Deutschen. Jetzt begreifen wir, daß die Undankbarkeit der Völker gegen ihre Helden zuweilen eine tiefe ethische Verächtlichkeit hat und eine von der Selbsthaltung gebotene Nothwendigkeit ist. Wähler würde die deutsche Nation steuern, wenn sie in blinden Ergebenheit den Impulsen Bismarck's folgen, wenn sie wirklich glauben würde, daß nicht die vereinte Kraft der Begeisterung, sondern der Wille von 25 Monarchen den Bestand des Reiches verbürge; wenn sie sich durchgehen ließe von der Verachtung, welche der mächtige Staatsmann mit beleidigender Deutlichkeit gegenüber dem parlamentarischen System zur Schau trägt? Das deutsche Volk will seiner Verehrung für einen einzelnen Mann nicht seine ganze Entwicklung, seine ganze Selbstbestimmung opfern, und die Reichstag hat heute durch seine Abstimmung, welche sich zu einer erdrückenden Niederlage für den Fürsten Bismarck gestaltete, seinen festen Willen dargethan, ein treuer bester Mandatar jener öffentlichen Meinung zu sein, die zwar irren und fehlen kann, aber dennoch als der Ausdruck der gemeinsamen schaffenden Kraft selbst dem Welschen und Mächtigen Ehrfurcht erweisen sollte.